



## Aktuelle Debatte

—

Fraktion AfD

### **Illegale Einwanderung bekämpfen - Schutz der EU-Außengrenze unterstützen - Weiterreise nach Deutschland wirksam verhindern**

Es wird beantragt, zur 4. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 18./19. November 2021 eine Aktuelle Debatte zum oben genannten Thema durchzuführen.

### **Begründung**

Die Zahlen der illegalen Wohlstandseinwanderung steigen dramatisch an. Waren im gesamten Jahr 2020 zusammen 122.170 Asylanträge in Deutschland entgegengenommen worden, sind es laut statistischen Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge allein bis Ende Oktober 2021 schon insgesamt 150.332 Erst- und Folgeanträge<sup>1</sup>.

Der anhaltende Zustrom speist sich aus mehreren Quellen. Neben dem anhaltenden Massenansturm über die Türkei und Griechenland sowie über Nordafrika nach Spanien sammeln sich nun auch an der polnischen EU-Außengrenze weitere Tausende illegale Einwanderer.

Gefördert von Flüchtlings-NGOs und geduldet von staatlichen Stellen Weißrusslands reisen Angehörige von Staaten aus dem Nahen und Mittleren Osten, aus Asien und Afrika visafrei oder als Touristen getarnt nach Belarus ein und lassen sich dann organisiert an die Grenzen zu Polen, Litauen und Lettland bringen. Ihr Ziel ist das Überschreiten der Außengrenze der Europäischen Union und dann die ungehinderte Weiterreise nach Deutschland.

---

<sup>1</sup> BAMF, Aktuelle Zahlen Ausgabe: Oktober 2021, Seite 3 und 6  
([https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-oktober-2021.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-oktober-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=3))

Der kriminelle Charakter dieser Vorgänge ist bekannt. Die Einreise wird in allen Fällen über sichere Drittstaaten vollzogen. Laut Art. 16a Abs. 2 GG genießt kein Asylrecht, „wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist“. Ein Zugang zur Asyl- und Flüchtlingseigenschaft ist daher nach geltendem Recht ausgeschlossen. Die Eindringlinge setzen aber darauf, dass sie trotz Rechtsbruchs nicht wieder herausgeschafft werden.

Durch Presseberichte dokumentiert sind Versuche gewaltsamer Grenzdurchbrüche und Zusammenstöße mit polnischen Beamten. Zudem werden die einfachen, dem Wetter nicht angemessen angepassten Campverhältnisse medial inszeniert, um moralischen Druck zur Unterstützung der Einreise zu erzeugen.

Die Europäische Union darf sich von diesen Machenschaften nicht erpressen lassen. Es müssen unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Einwanderung ergriffen werden. Vor allem darf Deutschland in dieser Situation keine weiteren Anreize setzen, die den Migrationsdruck erhöhen. Deutschland trägt bereits seit Jahren die Hauptlast des Zustroms. Sachsen-Anhalt ist davon wie die anderen deutschen Bundesländer ebenso stark betroffen. Ein Teil der Haupttransitstrecken führt über das Gebiet des Landes. Schließlich ist Sachsen-Anhalt über die quotale Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auch unmittelbar selbst Ziel der illegalen Einwanderung. Als Konsequenz ist Sachsen-Anhalt gezwungen, gegen den Ansturm illegaler Migranten vorzugehen. Auf eigenem Territorium sind nachgelagerte Kontrollen einzuführen. Ebenso muss sich die Landesregierung für die nachhaltige Sicherung der Außengrenzen einsetzen. Die Politik muss von illegaler Einwanderung abhalten, statt zu ihr zu ermutigen.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender